

stellen. Eine Erwerbung gleicher Waffen aus Frankreich ist ganz sicher nicht ohne politische Schwierigkeit möglich, weil Paris wie die USA diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhält. Infolge Taiwans Erwerbung von zwei U-Booten bei den Holländern hat Beijing im vorigen Jahr bereits die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Seiten herabgestuft (13).

In der Vergangenheit hat es bereits häufig Gerüchte über Taiwans Erwerbung von Kriegsmaschinen in Israel gegeben. Israel hat weder zur VR China noch zu Taiwan diplomatische Beziehungen. Aber Taiwan muß bei einer Annäherung an Israel mit einer Gefährdung seiner Beziehungen zu Saudi-Arabien rechnen. Dazu muß Israel beim Verkauf von aus den USA erworbenen oder durch technische Zusammenarbeit mit den Amerikanern hergestellten Waffen auch die Zustimmung Washingtons haben. So kann Beijing indirekt immer noch Druck auf Israel ausüben.

In der Frage der Waffenlieferung an Taiwan hat Präsident Reagan nicht nur zwischen den beiden Ufern der Taiwan-Straße, sondern auch zwischen zwei Fronten im eigenen Lager ständig lavieren müssen. Reagans Mitarbeiter im Weißen Haus sowie seine konservativen Parteifreunde im Kongreß haben aus ihrer Sympathie gegenüber Taiwan befürwortet, die Insel mit besseren Waffen aufzurüsten, während die zuständigen Ministerien, die liberalen Abgeordneten sowie die meisten China-kenner die "China-Karte" bevorzugten. Laut einer in der Zeitschrift "Time" vom 28. Dezember 1981 (S.22) veröffentlichten Meinungsumfrage des Instituts von Yangelovick waren 70% der Befragten gegen den Verkauf von Düsenjägern und anderen modernen Waffen an Taiwan und nur 21% befürworteten ein solches Geschäft, obwohl 52% der Befragten die Insel immer für einen zuverlässigen Verbündeten hielten. In ihrer Ausgabe vom 18. Januar 1982 (S.14) berichtete dieselbe Zeitschrift, daß Reagan eigentlich gerne Taiwan den Wunsch nach modernen Kampfmaschinen habe erfüllen wollen, doch sei er Beijing schließlich infolge der Lage in Polen ein Stück entgegengekommen, um damit die Unterstützung der Chinesen für die scharfe Politik Washingtons gegen das Militärregime in Warschau gewinnen zu können. Dazu sei der Pro-Taiwan-Flügel durch den Rücktritt von Richard Allen am 5. Januar als Reagans Sicherheitsberater geschwächt worden. Die endgültige Entscheidung Reagans in dieser Problematik am 10. Januar stütze sich hauptsächlich auf einer Denkschrift des Außenministers Haig, des Verteidigungsministers Weinberger sowie des CIA-Direktors Casey - unterstützt auch vom Generalstabchef General Jones -, in dem die Notwendigkeit für Taiwan, modernere Kampfmaschinen als F5E für seine Verteidigung zu besitzen, verneint worden sein soll.

Mit seinem Kompromiß hat Reagan zwar weder Beijing noch Taiwan äußerst gereizt, doch ist auch keine Seite damit zufrieden. Beijing warf, wie bereits erwähnt, Washington weiter vor, mit der Fortsetzung der US-Waffenlieferung an Taiwan die chinesische Souveränität zu verletzen. Andererseits beängelt die Taiwan-Lobbyisten in den USA,

daß der Präsident gegenüber Taiwan sein Wort nicht gehalten habe. Nach Senator Helms habe Reagan ihm noch im Dezember persönlich versichert, daß Taiwan bessere Flugzeuge von den USA erhalten könne. Deshalb sei die Entscheidung des Weißen Hauses für ihn kaum zu verstehen (14). Senator Hayakawa bezeichnete die Entscheidung Reagans als eine Kotau-Politik gegenüber Beijing. Von den konservativen Politikern wurde Reagan weiter aufgefordert, moderne Flugzeuge an Taiwan zu liefern (15). In dieser Frage muß der Präsident ganz sicher noch weiter Schattenboxen spielen.

Anmerkungen:

- 1) ZYRB, 12.1.82.
- 2) S. Yu-Hsi Nieh, Quo Vadis, Taiwan? - Zur Wendung in der China-politik Washingtons, C.a., Jan. 1979, S.879 ff.
- 3) C.a., März 1979, S.188 f., Ü 47.
- 4) C.a., Juli 1981, S.425 f., Ü 42.
- 5) LHB, 30.12.81.
- 6) XNA, 12.1.82.
- 7) XNA, 13.1.82.
- 8) DGB, 15.1.82.
- 9) XNA, 31.1.82.
- 10) LHB, 9.1.82; XNA, 13.1.82.
- 11) LHB, 13.1.82.
- 12) LHB, 13.1.82.
- 13) DGB, 6.5.81.
- 14) LHB, 13.1.82.
- 15) LHB, 14.1.82.